

Die Reichen proben den Aufstand

Geberkantone drohen beim Finanzausgleich mit Kantonsreferendum – doch das klappt kaum

Von Daniel Ballmer, Bern

Eva Herzog ist nicht ganz wohl dabei. Die Basler Finanzdirektorin würde einen Grabenkampf zwischen den Kantonen bedauern. Doch auch in Basel wächst die Unzufriedenheit. Mittlerweile spielt selbst die SP-Regierungsrätin mit dem Gedanken, ein Kantonsreferendum zu unterstützen. Denn so kann es nicht weitergehen. So darf es nicht weitergehen.

Die Geberkantone haben die Nase voll. Jahr für Jahr müssen sie mehr Geld in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) einzahlen – und ein Ende ist nicht in Sicht. Mittlerweile fliessen jährlich etwa 3,8 Milliarden Franken vom Bund und den neun finanzstarken Kantonen zu den 17 Nehmerkantonen. Immer wieder haben sich die Geberkantone gegen diese Entwicklung gewehrt – bisher erfolglos. Jedes Mal sind sie von den Nehmern überstimmt worden.

Jetzt ist dem Schwyzer Kantonsrat der Geduldsfaden endgültig gerissen: Wenn das Bundesparlament die Geber nicht wie vom Bundesrat vorgeschlagen entlastet, will Schwyz das Kantonsreferendum ergreifen. Geht es nach der Landesregierung, sollen die Geberkantone beim Ressourcenausgleich um 134 Millionen Franken entlastet werden; der Bund soll 196 Millionen weniger zahlen. Doch: Während der Nationalrat im März zugestimmt hat, lehnte die Mehrheit des Ständerats den Vorschlag schon zweimal ab. In der Juni-Session strebt das Parlament nun nochmals eine Einigung an.

Kommt es zu keiner Einigung, soll so gleich das Kantonsreferendum lanciert werden. Ein solches müsste von mindestens acht Kantonen unterstützt werden – das wird eng bei derzeit lediglich neun Geberkantonen. Zählen kann Schwyz auf den Kanton Zug. In einem Akt des politischen Ungehorsams hat sich der Kantonsrat bereits dafür ausgesprochen,

künftig einen Teil der NFA-Zahlungen so lange auf einem Sperrkonto zu deponieren, «bis der NFA auf eine für alle Kantone faire und bundesverfassungskonforme Art neu geregelt und umgesetzt wird». Mit jährlich 320 Millionen Franken zahlt der Kanton Zug heute rund 70 Prozent mehr ein als noch 2008.

Viel Unterstützung für Schwyz

Mit von der Partei sein wollen auch die Kantone Nidwalden und Schaffhausen. «Wir haben schon mehrere Sparpakete geschnürt und müssen auch beim Personal oder in der Bildung sparen. Das tut richtig weh», sagt der Nidwaldner Finanzdirektor Alfred Bossard. «Dann aber kommt wieder ein Brief aus Bern, in dem wir locker aufgefordert werden, noch ein paar Millionen mehr in den NFA einzuzahlen.» Mittlerweile seien die Grenzen des Erträglichen erreicht.

Auch der Kanton Schaffhausen ist an einem Entlastungspaket. «Wir suchen an allen Ecken und Enden nach Sparpotenzial», sagt Natalie Greh vom Finanzdepartement. Selbst über eine Steuererhöhung wird heftig debattiert. Im Juni berät auch der Schaffhauser Kantonsrat ein Kantonsreferendum, das von SVP-Nationalrat Thomas Hurter per Motion gefordert wird. «Die Kantonsregierung würde das klar unterstützen», betont Greh.

Von einem Kantonsreferendum liesse sich wohl auch Basels Finanzdirektorin Herzog überzeugen, sollten sich die Nehmerkantone weiter nicht an die NFA-Regeln halten. Schliesslich seien die Ausgleichsziele mittlerweile klar erreicht. Für Basel-Stadt geht es immerhin um jährlich zwölf Millionen Franken, sollte der Kompromissvorschlag des Bundesrats doch noch durchkommen. Ähnlich klingt es aus dem Kanton Genf. Bei Finanzdirektor Serge Dal Busco stösst

die Idee eines Kantonsreferendums auf vorsichtiges Wohlwollen.

Auch in Zürich ist die Unzufriedenheit mittlerweile erheblich. «Ärgerlich ist, dass die städtischen Kantone immer wieder auf eine spätere Korrektur vertröstet werden», sagt Roger Keller, Sprecher der Zürcher Finanzdirektion. Noch werde der Entscheid aus dem parlamentarischen Prozess abgewartet. Doch angesichts der ohnehin angespannten Finanzlage im Kanton Zürich wächst der Druck. Immerhin geht es beim Antrag des Bundesrates für den Kanton Zürich um rund 40 Millionen Franken.

Das wären sieben von acht Kantonen, die für ein Kantonsreferendum nötig sind. Doch nun wird es eng. Das liegt auch am Kanton Baselland, der seit Jahren tiefrote Zahlen schreibt. Die Finanzlage ist schlecht, so schlecht, dass

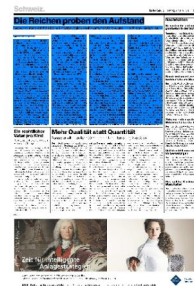
der Kanton gemäss aktuellen Prognosen des Bundes voraussichtlich ab 2016 von den Geberkantonen ins Lager der Nehmerkantone wechselt, wie der Baselbieter Finanzverwalter Roger Wenk erklärt. «Damit sind wir in einer schwierigen Situation.» Stimme Baselland für das Kantonsreferendum müsste es als Nehmerkanton auf rund zwei Millionen Franken verzichten. Andererseits wolle der Kanton möglichst rasch wieder zu den Gebern zurückwechseln. Wenk: «Wir werden uns beim Kantonsreferendum entsprechend eher zurückhalten und uns wohl der Stimme enthalten.»

Es fehlt eine Kantonsstimme

Eine klare Absage erteilt dagegen der Waadtländer Finanzminister Pascal Broulis. Er will eine Blockade vermeiden und ein Kantonsreferendum daher nicht unterstützen. Gleichzeitig stellt er aber auch klar, dass der NFA weiterentwickelt werden und etwa die Unternehmenssteuerreform III berücksich-

Datum: 22.05.2015

Basler Zeitung



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 53'498
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.207
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 4
Fläche: 34'766 mm²

tigt werden müsse. Damit aber ist klar: Für das Zustandekommen eines Kantonsreferendums fehlt mindestens eine von acht nötigen Stimmen.

Auch in Schwyz ist man sich bewusst, dass die Chancen für ein Kantonsreferendum gering sind, gibt deswegen aber noch lange nicht auf. «Finden wir keine Lösung, läuft der NFA in zwei Jahren aus», warnt auch der Nidwaldner Finanzdirektor Bossard. «Wir müssen aufpassen, dass die Solidarität unter den Kantonen nicht noch mehr bröckelt.»